



holzbau report

1

Januar
2006

Ausgabe A
ISSN 0723-4856
B 4894 E

Mitteilungen der Verbände des Bayerischen Zimmerer- und Holzbaugewerbes

Thema des Monats

Die Klagen darüber, dass der Bundeshaushalt zu großen Teilen zum Bedienen von Zins und Tilgung verbraten wird, hören wir seit Jahrzehnten. Der Bund solle endlich von der Verschuldung runterkommen, lautet der fromme Wunsch. Auch die Knute aus Brüssel droht, wenn nicht endlich die Maastricht-Kriterien wieder erfüllt werden. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf der Nettoneuverschuldung, die nicht mehr als 3% des Bruttoinlandsprodukts betragen soll. 2006 verstoßen wir noch mal kräftig dagegen, aber ab 2007 wird alles besser, verspricht uns die Große Koalition.

Ein Patentrezept, die Staatsverschuldung einzudämmen, gibt es nicht, denn sonst hätte man es längst genutzt - soviel sei vorausgeschickt. Eine Forderung, die häufig erhoben wird, besonders von Parteien in der Opposition, lautet, den Personalstand zu verringern. Und wahrhaftig gibt es seit geraumer Zeit eine haushaltsgesetzliche Verpflichtung zum kontinuierlichen Personalabbau um 1,5% jährlich.

Rot-Grün hat dies nicht zu Wege gebracht und wurde dafür von der Opposition wegen mangelnder Bereitschaft zur dauerhaften Personalreduzierung angeprangert. Aber ob Schwarz-Rot dies eher gelingen wird?

CDU-Mann Jürgen Rüttgers hat bei seinem Amtsantritt als Ministerpräsident von NRW konsequente Einsparungen versprochen. Gleichzeitig sollten aber mehr Lehrer eingestellt werden.

Im Land Berlin, das durch die Zusammenführung zweier Stadtverwaltungen nach der Wende auf einem besonders hohen Personalüberhang saß und trotz Abbau (durch Rot-Rot) noch sitzt, fragt man sich, ob die weitere Reduzie-

Quadratur des Kreises

Die Spezies „Beamte“ wird kaum ihre Selbstabschaffung beschließen.

Die Klagen darüber, dass der Bundeshaushalt zu großen Teilen zum Bedienen von Zins und Tilgung verbraten wird, hören wir seit Jahrzehnten. Der Bund solle endlich von der Verschuldung runterkommen, lautet der fromme Wunsch. Auch die Knute aus Brüssel droht, wenn nicht endlich die Maastricht-Kriterien wieder erfüllt werden. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf der Nettoneuverschuldung, die nicht mehr als 3% des Bruttoinlandsprodukts betragen soll. 2006 verstoßen wir noch mal kräftig dagegen, aber ab 2007 wird alles besser, verspricht uns die Große Koalition.

Ein Patentrezept, die Staatsverschuldung einzudämmen, gibt es nicht, denn sonst hätte man es längst genutzt - soviel sei vorausgeschickt. Eine Forderung, die häufig erhoben wird, besonders von Parteien in der Opposition, lautet, den Personalstand zu verringern. Und wahrhaftig gibt es seit geraumer Zeit eine haushaltsgesetzliche Verpflichtung zum kontinuierlichen Personalabbau um 1,5% jährlich.

Rot-Grün hat dies nicht zu Wege gebracht und wurde dafür von der Opposition wegen mangelnder Bereitschaft zur dauerhaften Personalreduzierung angeprangert. Aber ob Schwarz-Rot dies eher gelingen wird?

CDU-Mann Jürgen Rüttgers hat bei seinem Amtsantritt als Ministerpräsident von NRW konsequente Einsparungen versprochen. Gleichzeitig sollten aber mehr Lehrer eingestellt werden.

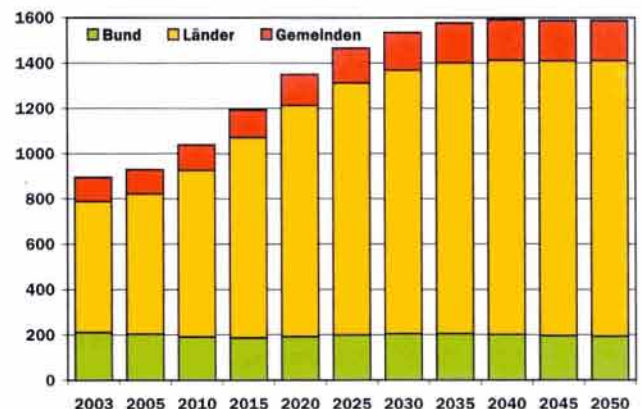
Länder erwägen denselben Schritt.

In der Diskussion über den Personalabbau bei Bund, Ländern und Gemeinden wird generell zu wenig beachtet, wie gering der Handlungsspielraum ist. Beamte sind unkündbar. Das Versorgungsversprechen des Staates gilt auf Lebenszeit. Zudem handelt es sich bei Beamten um eine Spezies, die kaum ihre Selbstabschaffung beschließen wird. Auch dem neuen Bundestag gehören rund ein Drittel Abgeordnete aus "administrativ entscheidenden Berufen", vulgo Beamte, an.

Ein funktionierender Sozial- u. Rechtsstaat kann auf das Beamtentum nicht verzichten, sollte aber nach dem Prinzip handeln: So viel privatwirtschaftlich wie möglich, so wenig Beamte wie unbedingt nötig. Angestellte Lehrer sind OK - aber ein angestellter Richter oder gar ein "privatisierter" Polizist?

Versorgungsempfänger der Gebietskörperschaften

(Ehemalige Beamte, Richter, Berufssoldaten und deren Hinterbliebene in 1.000; ohne Bahn, Post und "mittelbaren" öffentlichen Dienst)



Quelle: Dritter Versorgungsbericht der Bundesregierung (2005)*. Grafik: gmw